

Hasso Spode

Ressource Zukunft

Die sieben Entscheidungsfelder der deutschen Reform

Verlag Barbara Budrich



Hasso Spode
Ressource Zukunft

Hasso Spode

Ressource Zukunft

Die sieben Entscheidungsfelder
der deutschen Reform

Verlag Barbara Budrich
Opladen & Farmington Hills 2008

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbiografie; detaillierte biografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

Alle Rechte vorbehalten.

© 2008 Edmund Budrich. Beratung und Betreuung von Verlagsprojekten.

In Lizenz bei: Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills

www.budrich-verlag.de

ISBN	978-3-86649-135-9
eISBN	978-3-8474-1151-2

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: disegno visuelle kommunikation, Wuppertal – www.disenjo.de

Satz: Glaubitz. Redaktion und Satz, Leverkusen

Inhalt

Zur Einführung	7
I Vergangene Zukunft	15
1 Der Große Plan	15
2 Die Erschöpfung utopischer Energien	21
3 Selbstorganisation als regulative Idee	26
4 Totale Gerechtigkeit	30
5 Zurück in die Zukunft	31
5.1 Defensive Modernisierung	32
5.2 Probleme und Visionen	34
II Die Reformdebatte	37
1 Exkurs: Zur Wissenschaft als Zukunfts-Ressource	38
2 Von Rot-Grün zu Schwarz-Rot	41
3 Dimensionen des Reformbedarfs	43
3.1 Agendalisten	44
3.2 Wie der Reformstau entstand	47
III Sieben Zukunftsaufgaben	55
1 Den demographischen Wandel meistern	55
2 Die Institutionen öffentlich-kollektiver Daseinsfürsorge sanieren ...	76
3 Den Arbeitsmarkt beleben	87
4 Die Wirtschaft voranbringen	101
5 In Köpfe investieren	110
6 Legitimität und Effizienz politischen Handelns verbessern	126
7 Den inneren Zusammenhalt stärken	142
7.1 Desintegration von oben	143
7.2 Desintegration und Migration	148

IV Fazit	167
1 Was können wir wissen?	167
2 Was sollen wir tun?	168
3 Was dürfen wir hoffen?	178
Anmerkungen	181
Quellen und Literatur	209
Abkürzungsverzeichnis	226
Personenverzeichnis	230

Zur Einführung

Medien, Politik und Wissenschaft vermitteln eine eindringliche Botschaft: unsere Zukunft steht auf dem Spiel. Umweltpolitisch ist dies seit Jahrzehnten zu hören, doch auch die sozial- und wirtschaftspolitische Debatte, die sich endlos lange in die Verteilung vorhandener Ressourcen verbissen hatte, stellt heute die künftige Entwicklung des „Standorts“ ins Zentrum. Politisches Handeln wird mit Zukunft legitimiert. Diese Debatte hat geholfen, einbetonierte „Blockaden“ zu überwinden und überfällige „Anpassungen“ durchzusetzen. Die wirtschaftliche Erholung, die 2006 einsetzte, ist auch der Lohn dieser kollektiven Anstrengung. Ebenso spielen dabei freilich ganz andere, konjunkturelle und demographische Faktoren eine Rolle. Zudem ist das Wachstum doch eher bescheiden und niemand kann wissen, wie lange es anhält. Dennoch ist die Rede vom „Sanierungsfall Deutschland“ jäh verstummt. Die erfreuliche konjunkturelle Entwicklung hat einen unerfreulichen Nebeneffekt: Das – gefühlte – Nachlassen des Problemdrucks lähmt den Reformeifer und gibt dem althergebrachten Klientel- und Lagerdenken Auftrieb. Es wäre fatal, wenn sich das Zeitfenster zukunftsorientierter Politik schon wieder schließen würde.

Nun ist ‚Zukunft‘ ein grenzenloser Begriff. Er umfasst alle Zustände der Welt, die auf die Gegenwart folgen. Vergangenheit und Gegenwart sind begrenzte, aber vergleichbar dehnbare Zeiträume. Erdgeschichtlich befinden wir uns gegenwärtig im Quartär, das vor 1,8 Millionen Jahren einsetzte; makrohistorisch in einer vor zehntausend Jahren mit der Sesshaftwerdung einsetzenden Epoche der Differenzierung; mentalitäts- und wirtschaftshistorisch in der im 18. Jahrhundert einsetzenden Moderne; und zeitgeschichtlich in einer wahlweise 1914, 1945 oder 1989 einsetzenden Phase. Sämtliche Periodisierungen sind bestreitbar und werden beständig umgeschrieben. Wie wir Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft konzipieren, hängt gänzlich davon ab, was wir wissen oder was wir tun wollen.

Neuropsychologisch betrachtet, währt die Gegenwart knapp drei Sekunden: Während Sie diesen Satz lesen, zerrinnt er zu Vergangenheit. Zugleich ist es sehr wahrscheinlich, dass Sie den folgenden, also diesen Satz ebenfalls lesen. In der Leser-Text-Welt ist der Möglichkeitsraum mithin stark festge-

legt, sprich: ihre Pfadabhängigkeit ist hoch; und den Pfad gebe ich, der Autor, vor. Sie werden diese kleine Welt allerdings irgendwann verlassen, den Prozess des Lesens abbrechen, sei es aus system- oder aus umweltbedingten Gründen: Sie möchten diese Einführung überspringen, das Buch ist ausgelesen oder der Teekessel pfeift. Hier endet meine Macht, es beginnt das Reich des Nicht-Wissens und schlimmer noch: des Nicht-Wissen-Könnens.

Je weiter die Zeithorizonte und je komplexer, zahlreicher und verwobener die Prozesse, desto offener die Zukunft: Die Zahl der Freiheitsgrade wächst, der Möglichkeitsraum – die Kontingenz – expandiert¹. Er wird jedoch immer wieder zurückgestutzt, auf Entwicklungspfade verengt, dauerhaft oder zumindest für lange Phasen. Dies kann durch einzelne „wegweisende“ Ereignisse oder Entscheidungen geschehen oder durch viele kleine Veränderungen, die in der Summe plötzlich einen neuen Zustand hervorbringen. Grundsätzlich vollzieht sich Evolution über solche „Symmetriebrüche“ zwischen dem Vorher und dem Nachher; auch sie sind bezüglich des konkreten Zeitpunkts, der konkreten Gestalt und oft auch der Ursachen und Folgen kontingent (Jantsch 1982). Für uns gilt es, diese Unsicherheiten einzudämmen; beständig werden wir versuchen, die Zukunft zu meistern, d.h. in erwünschte Bahnen zu lenken. Die Grundtendenz ist es hierbei, die systembedingten Schwankungen bzw. „Fluktuationen“ zu begrenzen, um einen Symmetriebruch zu vermeiden (nichts ist konservativer als kleine Menschenkinder: jede Veränderung des Gewohnten wird mit Protest quittiert: der plötzlich bartlose Vater, ein neues Einschlafritual). Erst neuartige Probleme oder Chancen – bisweilen auch pure Langeweile – treiben zur „Action“, lassen Verhalten in Handeln, Routine in Riskanz umschlagen, um so eine schlechtere Zukunft abzuwenden oder eine bessere zu ermöglichen.

Im Alltagsverständnis werden dazu ganz ungleich ausgedehnte Zukünfte unterschieden (Heinemann/Ludes 1978). Weite Zeithorizonte wird man eher als ‚Zukunft‘ bezeichnen als kurze. Doch obschon die indoeuropäischen Sprachen über hoch differenzierte Zeitformen verfügen, hat sich ein eindeutiger Wortgebrauch nicht etabliert. Was heißt ‚Zukunft‘ in der Zukunftsdebatte? Grob beziffert, ist damit eine „fernere“ Zukunft gemeint, eine Spanne von einer bis über drei Dekaden bzw. eine Generation, besonders in Bevölkerungs-, Umwelt- und Energiefragen auch mehrere Generationen. In diesem Zusammenhang ist auch die ‚Gegenwart‘ ein jahrelanger Zustand: sie reicht zurück in die als unmittelbar wirksam angesehene Vergangenheit von vielleicht einem Jahr bis zu einer Dekade (hier kommt es auch auf prägende politische und biographische Zäsuren an), überstreicht den Zeitpunkt des Jetzt und weist ein wenig darüber hinaus, überlappt sich also mit der „nahen“, erwartungssicheren Zukunft. Von dort geht das Heute über in einen „mittleren“ Zeithorizont von rund einer halben Dekade: das Feld der

Taktik. Es ist verblüffend, wie sehr das Intervall von vier bis sieben Jahren moderne Gesellschaften prägt, von der Legislaturperiode über die mittelfristige Finanzplanung bis zur Anlageberatung; intuitiv wird ein solcher Möglichkeitsraum als gerade noch beherrschbar angesehen. Hieran nun schließt sich in der politischen Debatte die eigentliche, die „fernere“ Zukunft an: das Feld der Strategie, der „Visionen“ und auch der Horrorszenarien.

Nicht nur die Vergangenheit, sondern auch die Zukunft begrenzt den Möglichkeitsraum. Bausparer wissen das. Es gibt nicht nur eine Zukunft der Gegenwart, sondern auch eine Gegenwart der Zukunft (Koselleck 1979): die Antizipation des Kommenden beeinflusst unser Denken und Handeln, mehr noch: sie kann das Handeln selbst sein, nämlich „Planungshandeln“. Das Missliche ist nur, dass Pläne oft scheitern. Die antizipierte und die realisierte Zukunft werden selten deckungsgleich sein. Handeln ist eine Kette von Versuch und Irrtum. Im Kleinen wie im Großen. „Die wichtigsten Probleme der Sozialwissenschaften liegen“, so Niklas Luhmann, „gerade im Bereich der unbedachten Folgen des Handelns.“ (2005 I, S. 12) „Gut gemeint“, heißt es, wenn die nicht-intendierten, also die undenkbaren, unbedachten oder unterschätzten Folgen sich zeigen. Strittig ist, ob in der Moderne diese Transintentionalität zunimmt (s. Teil IV); einerseits erhöhen sich unsere Gestaltungskräfte, andererseits steigt die Komplexität und damit die Kontingenz (Gresshoff et al. 2003; Böschen 2006).

Vor fünfhundert Jahren, am Beginn der Neuzeit, hatte Niccolò Machiavelli das Kontingenz-Problem in den Begriff ‚Fortuna‘ gefasst. Damit war nicht eine Schicksalsgöttin gemeint, die nach Gusto Glück oder Unglück zuteilt, sondern die blinde Macht des Zufalls, die ungeheure Komplexität von Faktoren, die vieles zunächst günstig erscheinen lässt, das sich später als ungünstig erweist und umgekehrt. Viele würden vor Fortuna kapitulieren und glauben, die Menschen können die Ereignisse „mit ihrer Klugheit ... nicht lenken“, heißt es im *Fürst* (1983, Kap. 25); diese „Meinung hat gerade in unsern Tagen viel Anklang gefunden wegen der großen Umwälzungen, ... die sich aller menschlichen Berechnung entziehen“. „Aber um unsere Willensfreiheit nicht ganz preiszugeben, halte ich nichtsdestoweniger dafür, daß Fortuna wohl zur Hälfte Herr ist über unsre Taten, aber die andre Hälfte, oder fast so viel, unserer Leitung überläßt.“ Auf diese Maxime gestützt entwarf der Florentiner Staatsmann erstmals ein Regelwerk rationaler Machtausübung (was ihm den Vorwurf der Amoralität einbrachte). Heute verfügen wir über ausgefeilte Entscheidungstheorien, doch was die Erfolgchancen betrifft, so sind wir nicht klüger als die Menschen der Renaissance², wenn diese trotzig behaupteten, die Tatkraft besiege das Schicksal – wenigstens teilweise.

Das Interesse an der Reduktion von Kontingenz setzt seit je Priester und Auguren in Lohn und Brot. Aber das kollektive Futurum, die vorherrschenden

den Ängste und Hoffnungen und die entsprechenden Mittel der Zukunftsgestaltung sind historisch hoch variabel (Bonß 1995). Die Vormoderne sah die Zukunft in den Händen überirdischer Mächte; es galt, deren Zeichen zu lesen und sie durch Opfer gewogen zu stimmen. Die Helden der *Ilias* mochten tapfer und erfindungsreich sein, doch sie hingen wie Puppen an den Fäden, die die Götter führten. Besonders monströs wurden magische Formen der Produktion von Erwartungssicherheit bei den Azteken praktiziert, die – noch zu Machiavellis Zeiten – tausende Kriegsgefangene und andere „Ausgewählte“ schlachteten, auf dass die Sonne weiterhin ihre Bahn ziehe und der Regen nicht ausbleibe. Dass fünfhundert Konquistadoren das stolze Reich zum Einsturz bringen konnten, demonstriert die relativ geringe Effizienz und hohe Transintentionalität magischer Zukunftsgestaltung (unbeschadet der Tatsache, dass die Spanier diesen Triumph dem Walten *ihres* Gottes zuschrieben). Heutzutage ist die Magie bei der Deutung und Beeinflussung der Zukunft keineswegs abgeschafft, jedoch gelten im öffentlichen Raum allein innerweltliche Zweck-Mittel-Kalkulationen als legitime Entscheidungsgrundlage. Die Königsstellung hält dabei das wissenschaftliche Wissen. Auch rationale Verfahren und Argumente, zumal statistischer Art, können magische Qualitäten erlangen, und oft dienen sie bloß zur Rechtfertigung einer durch die Komplexität erzwungenen „Bauchentscheidung“. Doch es liegt auf der Hand, dass sie zumindest mittelfristig größere Chancen zur zielgerichteten Zukunftsgestaltung bieten, als Orakel oder Menschenopfer (Schimank 2005).

Besonders strategisches Planen bleibt aber sehr zufallsempfindlich. Und doch ist es unabdingbar. Denn die Gegenwart der Zukunft ist für die Moderne konstitutiv, wobei allerdings die Intensität, mit der sich eine Gesellschaft ihrer Zukunft versichert, beträchtlichen Schwankungen unterliegt (Hölscher 1999). Eine intensive Zukunftsorientierung ging dabei oft Hand in Hand mit dem festen Glauben an die Machbarkeit der Welt. Dies war etwa in der Nachkriegszeit der Fall oder in der preußischen Reform-Ära Anfang des 19. Jahrhunderts, als Stein und Hardenberg – unter dem Druck der Niederlage gegen Napoleon – das Tor zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft aufstießen. Den planungsfrohen Zeitgeist brachte der britische Sozialreformer Robert Owen auf den Punkt, wenn er konstatierte, „jeglicher Gemeinde, sogar der ganze Welt, kann ein umfassendes Wesen, vom schlechtesten zum besten ..., gegeben werden durch die Anwendung der geeigneten Mittel“ (1972, 1st Essay, Übers. H.S.). Sowohl die preußische Reformpolitik als auch Owens Wirken sind Beispiele dafür, dass Zukunft durchaus zielgerichtet gestaltbar sein kann – obschon sich manche nicht-intendierte Folge zeigte.

Auch derzeit ist die Intensität der Zukunftsorientierung hoch. Anders als in früheren Phasen jedoch ist der Glaube an die Zukunftsgestaltungsfähigkeit schwer erschüttert. Während sich alles in „Politikverdrossenheit“ übt,

erhält politisches Handeln, sofern es über bloße Macht- und Klientelpolitik hinausweist, dadurch untergründig ein ironisches, wenn nicht heroisches Moment. Alle Zweifel wegwischend müssen wir darauf vertrauen, dass Fortuna die Zukunft zu einem Gutteil „unserer Leitung“ überlässt. Ohne ein solches Vertrauen wäre jede Reformdebatte törichte Zeitverschwendung.

Das Buch will ein Navigator durch diese vielstimmige Debatte sein, die bald dieses bald jenes Problem mit viel Geschrei aufgreift, um andere der Vergessenheit anheimzugeben. Die Ressource Zukunft wird dazu in sieben zentrale Felder unterteilt, für die die jeweiligen Optionen, Blockaden, Querverbindungen und Zielkonflikte aufgezeigt werden (Teil III). Eingebettet wird dies in übergreifende Strukturen der Weltauslegung und der historischen Entwicklung (Teil I, II und IV). Eine rein politologische oder fachsoziologische Betrachtungsweise läge mir – schon aufgrund meiner Doppelausbildung als Soziologe und Historiker – fern.

Weite Teile der Politologie und der Soziologie haben sich dergestalt „verwissenschaftlicht“, dass sie ihren Gedächtnisspeicher gelöscht haben. Ihre „empirische“ Arbeit ist von trauriger Kurzatmigkeit; und die dazu nötige „Theorie“ wird auf Modebegriffe, Formeln und Gebrauchsanweisungen reduziert (wenn etwa Politik in *polity*, *politics* und *policy* – Institutionen, Prozesse und Inhalte – aufgetrennt wird). Die Masse der Einzelergebnisse ist dann weitgehend sinnfrei, was innerhalb des jeweiligen Fachgebiets kein Manko sein muss. Wer aber verständig von ‚Zukunft‘ reden will, muss etwas weiter ausgreifen. In den Worten des Historikers Leopold v. Ranke: Die „Anschauung des einzelnen Moments (hat) einen unschätzbaren Wert“ – doch niemals lässt sich „die Forderung abweisen, vom freien Standpunkte aus das Ganze zu überschauen“ (1833 zit.n. Hagen 2007, S. 1).

Diese Forderung ist problematisch. Das Dilemma aller Wissenschaft besteht nämlich im Spagat zwischen Analyse und Synthese, Spezialisierung und Generalisierung: die Spezialisten wissen immer mehr über immer weniger, bis sie schließlich alles über nichts wissen; wogegen die Generalisten immer weniger über immer mehr wissen, bis sie schließlich nichts über alles wissen. Als Hegel, dem großen Generalisten, von einem Studenten vorgehalten wurde: „Aber Ihre Theorie stimmt doch nicht mit den Fakten überein!“, soll er erwidert haben: „Umso schlimmer für die Fakten.“ Aus konstruktivistischer Sicht ist Hegel sogar zuzustimmen, in pragmatischer Absicht ist solch hochfahrende Abstraktheit wenig hilfreich. Der Spezialisismus ist allerdings deutlich in der Übermacht: Das Alles-über-fast-nichts-Wissen steht für die „normale Wissenschaft“, die stets danach trachten muss, ihre Objekte von der störenden Welt abzugrenzen, um konstante Randbedingungen zu erhalten. Doch was in den Naturwissenschaften funktional ist, muss noch lange nicht in den Sozialwissenschaften funktional sein. Leider trifft hier Franz-Xaver Kaufmanns Urteil zu, dass die an der Reformdebatte Beteiligten „nur selten den Zitier- und Argumentationsraum ihrer eigenen Disziplin verlassen“ (2003b, S. 179).

Solche Klage hat Tradition. José Ortega y Gasset sprach von der „Barbarei des Spezialistentums“ (1956, S. 79). In den Naturwissenschaften wird sie nur im Verlauf krisen-

hafter Umbrüche problematisiert, doch in den Sozial- und Kulturwissenschaften stehen die Spannungen zwischen Allgemeinheit und Begrenztheit, Universalismus und Relativismus seit zwei Jahrhunderten „im Zentrum“ der Kontroversen (Wallerstein et al. 1996, S. 64; Spode 1999). Eine Folge ist, dass die Forschung nicht allein in zahllose Subdisziplinen zergliedert ist, sondern, teils quer dazu, in Clans zerfällt, die sich um „ihre“ jeweiligen Klassiker und deren Gedankensysteme scharen (Funken 2000; Barlösius 2004b). Die anheimelnden Netzwerke und Zitierkartelle bieten ihren Mitgliedern geschützte Aufstiegskanäle und reduzieren für sie Komplexität, da die jeweiligen Ansätze – vermeintlich – unübersetzbar sind. Für das Publikum erhöhen sie die Komplexität. Ein Gegenmittel bietet der SpeziRalismus, also eine pragmatische Äquidistanz zu Spezialisierung und Generalismus (Spode 2003). Er bedient sich unterschiedlicher Ansätze und stellt zu einem gewissen Grad den Gesunden Menschenverstand über das Expertenwissen, sind doch auch „Gelehrte“, wie Friedrich Nietzsche schrieb, „von einem ganz kleinen Wissens-Winkel abgesehen, (ein) sehr gemischtes Publikum“ (1994, Kap. 7): geschult zwar abstrakt zu denken, doch außerhalb ihres „Wissens-Winkels“ letztlich Laien. Ein kontrollierter SpeziRalismus ist – neben dem Vergleich – der Königsweg zur politischen Urteilskraft, wie zur Urteilskraft überhaupt.

Erkenntnistheoretisch ist dieser Weg nicht sehr trittfest, doch es geht mir nicht darum, theoriekonforme Komplettlösungen anzudienen und/oder den Schulterchluss mit einem wissenschaftlichen oder politischem Clan zu üben, sondern um die „Grundlegung eigener Urteilskraft“ (Kaufmann 1997, S. 9); anders gesagt: um die Stärkung des politischen Geschmacks. Die höfische Gesellschaft Ludwig XIV. hatte den *goût* metaphorisch auf Stil und Benimm bezogen, was zunächst treffend mit ‚Beurteilungskraft‘ übersetzt wurde (Spode 1991, S. 284f.; Jaeger 2005). Ähnliches hatten bereits die Humanisten mit ‚Zivilisiertheit‘ gemeint. Lange stritten die Philosophen, ob der Geschmack von Allen kultivierbar oder nur Wenigen gegeben sei. Soziologen haben ihn dann als Herrschaftsmittel enttarnt. Hier interessiert umgekehrt seine Funktion als Verständigungsmittel. Dem Geschmack ist eine gewisse Elastizität und Vagheit eigen, das *je-ne-sais-quoi*, wie die Höflinge sagten. Auch politisch kann niemand beanspruchen, zu wissen was guten und schlechten Geschmack genau ausmacht – außer dass eben dieser Anspruch geschmacklos ist. Daraus folgt die Bereitschaft, Einseitigkeit wie alle Übertreibung und Starrheit zu meiden, bzw. die Bereitschaft, vorab anzuerkennen, dass andere Meinungen ebenfalls gut begründet sein können. Kontroversen, die diesen Benimm-Regeln folgen, zielen nicht auf „Gegnerbekämpfung“, sondern auf eine faire Abwägung der Werte und Interessen, Wissensbestände und Machtpotentiale, um gegebenenfalls Schnittmengen zu finden. Dass man über Geschmack nicht streiten dürfe, istbarer Unsinn. Als „ein gesellschaftliches Phänomen ersten Ranges“ (Hans-Georg Gadamer n. Spode ebd.) liefert er erst die Rahmung für sinnvolle Dispute; von Zeit zu Zeit werden dabei auch seine Grenzen neu bestimmt.

Ich behaupte, dass der politische Geschmack in Deutschland zugenommen hat. In Wechselwirkung dazu ist auch die einschlägige Literatur angewachsen. Obschon meine Zusammenstellung nicht gerade knapp geraten ist, stellt sie doch nur eine Auswahl dar. Ich bitte die ungenannten Fachleute um Nachsicht, ebenso die genannten, deren Arbeit nur verkürzt gewürdigt werden konnte. Als Quellen wurden Statistiken, Enqueten, Zeitungen³, Internetseiten und Sachbücher herangezogen. Die klassische Unterscheidung in Sekundärliteratur und Quellen griffe hier aber zu kurz. So verbreitet die Qualitätspresse (die ihrem Namen alle Ehre macht) bekanntlich sowohl „Meinung“ als auch „Fakten“, zudem fungiert sie auch direkt als Forum gesellschaftswissenschaftlicher Kon-

troversen. Analoges gilt für die bisweilen sehr geschmacksbildenden Sachbücher. Ursprünglich von mir nur als diskursanalytische Quelle eingestuft, lernte ich auch den Informationsgehalt mancher Produkte dieses Genres schätzen. Durchweg freilich fehlt es an Witz, und bisweilen erforderte die Sachbuchlektüre eine hohe Leidensfähigkeit: in grobem, wohlmöglich „flottem“ Stil vorgetragene Statements, fragwürdige Zahlen und ebensolche Patentrezepte. Verfasser sind dann oft Leute aus der „Praxis“, aus Politik, Medien oder Wirtschaft, die gleichsam von „außen“ kommend wissenschaftliches Wissen popularisieren möchten, um ihre „Botschaft“ zu untermauern. Einen höheren Erkenntnisgewinn – Ausnahmen bestätigen die Regel – verspricht es, wenn Sachbuchverfasser aus der Forschung kommen, sich gleichsam von „innen“ nach „außen“ bewegend. „Innen“, in der Wissenschaft, gilt diese Bewegung freilich immer noch als unfein und wird zuweilen mit Fachchinesisch kaschiert.

Nietzsche hatte für das „berüchtigte Zuschneiden des Rocks der Wissenschaft auf den Leib des ‚gemischten Publikums‘“ nur Spott übrig (ebd.), wohingegen Helmut Schmidt mahnte, die Forschung möge sich in der Öffentlichkeit „mehr Gehör“ verschaffen (2005). Dieses Buch möchte die Forderung des Altkanzlers nach der Nutzung und Mehrung von „rationaler Urteilskraft“ aufgreifen, ob es nun Fach- oder Sachbuch heißt: Adressat ist ein „gemischtes Publikum“.

Abschließend sei allen Dank gesagt, die hieran Anteil hatten. Das Buch ist aus einer Arbeit am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung hervorgegangen; für den Anstoß dazu und die wohlwollende Unterstützung bedanke ich mich herzlich bei Jürgen Kocka und Dagmar Simon. Für wertvolle Anregungen und kritische Kommentare – vom hilfreichen Tipp bis zur ausgedehnten Diskussion – möchte ich auch vielen anderen Menschen danken, nämlich Dirk Baecker, Eva Barlösius, Lothar Beutin, Udo Borchert, Renate Dörfler, Dieter Gosewinkel, Matthias und Wolf Gutbier, Konrad Jarausch, Martin Kronauer, Hannes Siegrist und Emine Spode. Für Auswertungen des World Values Survey danke ich Ivan Kolody. Für die geniale Zuarbeit bei der Literaturrecherche bin ich Silvia Höhne vom Wissenschaftszentrum sowie Sandra Seeger vom Scharnow-Institut zu Dank verpflichtet.

Berlin, im Herbst 2007

Hasso Spode

I Vergangene Zukunft

„Den Deutschen fehlt eine klare Vision von der Zukunft“, konstatiert der Trendforscher Matthias Horx (2005). Auch der Rat für Nachhaltige Entwicklung machte ein „wesentliches Orientierungsdefizit“ im öffentlichen Diskurs aus: „Eine Vision vom ‚großen Ganzen‘ ist derzeit nicht erkennbar.“ (RNE 2004, S. 17) Den „Verlust der großen Perspektive“ hatte bereits Bundespräsident Roman Herzog in seiner Berliner „Ruck-Rede“ beklagt und gefordert: „Wir brauchen wieder eine Vision.“ (Herzog 1997) Dem wollte sich selbst Altbundeskanzler Helmut Schmidt nicht verschließen: Sein Diktum, wer Visionen habe, solle zum Arzt gehen, dementierend, entwirft der einstige „Macher“ nun „Perspektiven für das 21. Jahrhundert“ und die „Welt von Morgen“ (2000 und 2004).

1 Der Große Plan

In der „globalen Ära“ einer „außerordentlich beschleunigte(n) und kritische(n) Phase“ der Entwicklung sind langfristige Perspektiven gefragt: „Jede Planung in menschlichen Dingen (sollte) nicht in Jahren, sondern in Generationen rechnen.“ Diese Forderung entstammt nicht einem heutigen Wahlprogramm, sondern einem vor vier Jahrzehnten erschienenen Bestseller: Pierre Bertauxs *Mutation der Menschheit* (1963, S. 32 u. 11). Der schmale Band markiert den Beginn des Höhepunkts visionärer Zukunftsorientierung und wissenschaftlicher Planungseuphorie im „Atomzeitalter“⁴⁴.

1945 war die Stunde Null des Atomzeitalters gewesen. Die USA hatten „die Bombe“ entwickelt und skrupellos eingesetzt; zugleich aber lockte die Kernkraft als billige, grenzenlos verfügbare Energiequelle und damit als Basis eines grenzenlos wachsenden Wohlstands. Die ungeheure Spannung zwischen Hölle und Paradies, die im Begriff des Atomzeitalters gleichsam wie die im Urankern gebundene Energie beschlossen war, ist historisch ohne Beispiel.

Die Weltausstellung, die 1958 in Brüssel ihre Pforten öffnete, geriet zu einer Manifestation der Verheißungen des Technik- und Atomzeitalters, versinnbildlicht im 102 Meter hohen *Atomium*. Mehr noch symbolisiert wurde die Zukunft durch den *Sputnik*, den ersten künstlichen Erdtrabanten, den die Sowjetunion im Vorjahr auf eine Umlaufbahn geschossen hatte. Und vier Wochen später, zum 40. Jahrestag der Oktoberrevolution, trug eine Rakete die Hündin Laika in den Orbit. Das mediale Echo war gewaltig. Von nun an wurde „planetarisch“ gedacht. Auf der Weltausstellung strömten die Massen in den sowjetischen Pavillon, um den Piepstönen zu lauschen, die der Sputnik noch immer aus dem All sandte. Der Ostblock triumphierte. Die DDR taufte ihr neues Volksauto *Trabant* und SED-Chef Walter Ulbricht dekretierte das Ziel des „Einholens und Überholens“ des Westens. Zumindest technologisch – die Raumfahrt galt als Schlüsseltechnologie – schien dies durchaus denkbar: 1961 flog mit dem Sowjetrussen Juri Gagarin der erste Mensch ins Weltall. Der Kommunismus griff buchstäblich nach den Sternen. Im Westen hatte der „Sputnik-Schock“ eine Technologiedebatte und eine von US-Präsident Kennedy angestoßene Anspannung der Kräfte ausgelöst, dank derer die USA schließlich 1969 das Sternenbanner auf dem Mond hissen sollten. 600 Millionen Fernsehzuschauer verfolgten das Ereignis: „ein großer Schritt für die Menschheit“. Die handfesten Segnungen der Raumfahrt für Technologie und Alltag waren eher bescheiden (auch das Teflon war nicht ihr Produkt), umso gewaltiger aber war ihr psychologischer Effekt: sie erzeugte ein futuristisches Fieber. Die UdSSR musste nach Fehlschlägen den Wettlauf zum Mond aufgeben; doch dass es in jeder Hinsicht immer weiter „aufwärts“ gehen würde, galt auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs als ausgemacht.

Hierzu bedurfte es der weisen, weitreichenden Planung, des Großen Plans. Ende des Zweiten Weltkriegs hatte der österreichisch-britische Ökonom Friedrich A. v. Hayek solche Lenkung und Planung als die Mutter aller Tyrannei verdammt (2003). Obschon er mit John Maynard Keynes, dem führenden britischen Ökonomen, darin übereinstimmte, dass die Zukunft nicht berechenbar sei, wurde er zum schärfsten Kritiker des „keynesianischen“ Staatsinterventionismus – indes fand sein radikalliberales Credo wenig Anklang. Wohl inspirierte seine Kampfschrift einen George Orwell zur düsteren Vision von *1984*, doch die von Hayek beklagte „Illusion“, planmäßig „die Zukunft der Menschheit schaffen“ zu können, hatte das Inferno des Weltkriegs schadlos überdauert – auch in der westlichen Welt. Schließlich war der Krieg nicht vom Kommunismus ausgegangen, sondern vom „Faschismus“ in Italien, Japan und Deutschland, der vielen Zeitgenossen als Ausgeburt des Kapitalismus galt. 1947 nannte das Ahlener Programm der CDU den Nationalsozialismus zwar im Hayek'schen Sinne einen „getarnten Staatssozialismus“, forderte aber zugleich im Sinne der linken Faschismustheorie: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. ... Inhalt und Ziel (einer) Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben“ sein (zit.n. www.kas.de). Das Programm wurde zwei Jahre später kassiert, und der Große Plan sozialistischer Prägung verlor mit dem wirtschaftlichen Aufschwung an Attraktivität – nicht jedoch das grundsätzliche Vertrauen in staatliche Daseinsfürsorge und Zukunftsgestaltung.

Auf den Kollaps des Fortschrittskonzepts der Aufklärung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, auf die Millionen Opfer von Krieg und Völkermord, Vertreibung und Hunger, KZ und Gulag, reagierte der Zeitgeist der Nachkriegsjahre kaum mit Dystopie und Apathie, als vielmehr mit Utopie und Tatendrang. Die Menschen flohen vor der Vergangenheit in die Zukunft.

Genauso wie sie sich aus der freudlos-grauen Gegenwart in den Süden träumten, den sie allmählich auch tatsächlich bereisten: Italien als Sinnbild eines „guten Lebens“, *amore* und *dolce far niente* als erfahrbare Verheißung einer heiteren „Überflusgesellschaft“⁵ – irgendwann werde die Freizeit und nicht die Arbeit der Normallage sein. Ihren Höhepunkt erreichte die optimistische Zukunftsorientierung in den 1960er Jahren, jener Dekade, die auf den Bau der Berliner Mauer und die Kuba-Krise folgte. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt ließ die Gegenwart als historisch beispiellose Scharnierphase erscheinen: die Atomkraft, die Raumfahrt, die Computer, die kommunikative Vernetzung der Welt zum *global village*, die Verwissenschaftlichung der sozialen Beziehungen und des politischen Handelns. Die Welt erfreute sich eines exzeptionellen Wirtschaftswachstums, und es herrschte Vollbeschäftigung (s. Kap. II 3.2).

Der Ausbau der Industrieproduktion resultierte in einer rasanten Steigerung sowohl der Löhne als auch der Produktivität. „Automation“ war das Schlagwort der wissenschaftlich-technischen Rationalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft (Schachtschnabel 1961). Trotzdem war Arbeitskraft knapp; noch brauchte die Wirtschaft nicht nur die Dienste von Kopfarbeitern, sondern auch von Handarbeitern. Nach der Not der Nachkriegsjahre und im Schlagschatten des Kalten Krieges war die „Überflusgesellschaft“ auf dem Wege, Wirklichkeit zu werden. Besonders erfolgreich wurde der „weiße Sozialismus“ in der Bundesrepublik umgesetzt, die zur zweitgrößten Exportnation nach den USA aufstieg.⁶ Der Soziologe Helmut Schelsky antizipierte schon 1953 eine durch die „Massenproduktion“ generierte „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ (hier R. Mayntz, zit.n. Schildt 1995, S. 353). Die „Unterschiede der Lebenshaltung“ hätten sich derart verringert, frohlockte dann der ordoliberaler Hayek-Schüler Wilhelm Röpke (1963, S. 12), „daß kaum noch von materiellen Klassenunterschieden im alten Sinne gesprochen werden“ könne, und die „Massenarbeitslosigkeit (ist) nahezu unbekannt geworden“. Mit dem Wirtschaftsboom gingen in vielen Industrieländern ein „Babyboom“ und eine „Reisewelle“ einher; die Menschen glaubten an eine immer bessere Zukunft, wähten sich an der Pforte zum atomgetriebenen Schlaraffenland, zum mechanisierten Paradies: „Wir stehen auf der Schwelle zu einer anderen, neuen Menschenart: der Menschheit der neotechnischen Ära.“ (Bertaux 1963, Klappentext)

Fast 90 Prozent aller Wissenschaftler, die je gelebt hatten, so wurde errechnet, lebten in der Gegenwart. Doch sie taten nicht nur Gutes. Stets wurden auch die horrenden Risiken für das „Raumschiff Erde“ – so Buckminster Fullers Bestseller 1969⁷ – thematisiert: Überwachungsstaat, Bevölkerungsexplosion, Verbrauch und Verseuchung natürlicher Ressourcen, und vor allem der Atomkrieg – ein Tanz auf dem Vulkan. 1962 erscheint Rachel Carsons *Silent Spring* über die Vergiftung der Erde durch die Pestizide, und bei der Kuba-Krise stand die Welt am Rande des atomaren Infernos. Im Folgejahr wird Peter Sellers' *Dr. Strangelove* ein Kinohit: Geisteskranke Militärs zünden „die Bombe“. Doch zugleich wurde ein Atomteststoppabkommen unterzeichnet, und es begannen die Vorverhandlungen zum Kernwaffensperrvertrag, der 1970 in Kraft trat. Die „Supermächte“ erwiesen sich partiell als lernfähig, ein prekäres „Gleichgewicht des Schreckens“ war etabliert. Die Welt war endgültig einzementiert in zwei „Blöcke“ nebst einer „Dritten Welt“, in der die Systemkonkurrenz mit Entwicklungshilfe und Stellvertreterkriegen ausgefochten wurde – eine direkte militärische Konfrontation war bis auf weiteres abgewendet.

Und so überwog die zukunftsfrohe Botschaft, wenn vom Atomzeitalter die Rede war. Die apokalyptischen Reiter fungierten nur als Mahner, den richtigen Weg zu *wählen*. Der Grundkonsens des Primats der Politik über die Ökonomie war zwar sehr verschieden ausgeprägt, doch implizierte er stets die Möglichkeit „objektiver“ Erkenntnis, die zwar „geleugnet“ aber nicht rational bestritten werden kann. Fehlschläge wurden daher stets mit Fehlentscheidungen, bis hin zum „falschen Bewusstsein“, erklärt. Das Vertrauen in die Wirkungsmacht des Wählens zwischen Gut und Böse, Ideologie und Wahrheit bot eine treffliche Folie für den Streit um das „gute Leben“.

Zuförderst war dieser Streit durch die ost-westliche Systemkonkurrenz geprägt, wobei der Blick über den Zaun auf beiden Seiten die inneren ideologischen Gegensätze anheizte, indem er das jeweils Andere mal idealisierte, mal perhorreszierte. Östlich des Eisernen Vorhangs lag das eigentliche *Dorado* des Großen Plans. Nach sowjetischem Vorbild bzw. Oktroi wurden in den RGW-Staaten weite Bereiche des Gesellschaftssystems zentralen Vorgaben der Parteiführung unterworfen.

Dazu wurden Vier- oder Fünfjahrespläne aufgestellt, die das Produktionssoll für die einzelnen Branchen festlegten. Den Auftakt hatte die UdSSR 1929 gemacht, der 1936 das NS-Regime gefolgt war. In der DDR war hierfür seit 1958 die Staatliche Plankommission zuständig, die den Wirtschaftsrat und die Industrieministerien ablöste: Der V. Parteitag der SED stellte ihr die Aufgabe den „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ zu bewerkstelligen: der Lebensstandard Westdeutschlands sollte binnen drei Jahren „überholt“ werden. Als dieses Ziel verfehlt war, wurde die Grenze zu West-Berlin mit einer Mauer abgeriegelt, und ein „Neues Ökonomisches System“ sollte die Planvorgaben durch mehr Leistungsanreize und begrenzte Marktökonomie optimieren. Indes ging diese Reform vielen im ostdeutschen und sowjetischen Herrschaftsapparat zu weit, und der Leiter der Plankommission, Erich Apel, erschoss sich 1965. Fortan wurde noch stärker auf Zentralisierung gesetzt.

Während die DDR sich „der Zukunft zugewandt“ wähnte, indem sie riesige Kombinate schuf und zentraler Lenkung unterwarf, begegneten die kapitalistischen Staaten den Unwägbarkeiten des Marktes mit verschiedenen intensiven Formen der lang- und mittelfristigen Planung und suchten mit finanz-, geld-, währungs- und einkommenspolitischen Instrumenten Wohlstand und Gerechtigkeit zu mehren. „Zukunftsplanung und -forschung wird heute in der einen oder anderen Form in allen entwickelten Industrieländern der Welt“ betrieben, hieß es, „ganz gleich zu welcher Ideologie sie sich auch bekennen mögen.“ (Flechtheim 1966, S. 197). Die Verwissenschaftlichung bzw. Formalisierung und Quantifizierung etlicher Politikbereiche (vgl. Porter 1995; Raphael 1996) führte in den 1960er Jahren nach dem Vorbild der französischen *planification* in den USA und der BRD zum Versuch der „Globalsteuerung“ der Wirtschaft. Der „Keynesianismus“, in unterschiedlichen Lesarten, war die wirtschaftspolitische Leitidee des Westens.⁸ Die Eigentumsrechte –

also die „Produktionsverhältnisse“, die aus marxistischer Sicht den Fortschritt blockieren – blieben dabei unangetastet, sodass die Wirtschaftseliten mit dem Staatsinterventionismus gut leben konnten.

Indes dünkten solche Mischsysteme aus Markt und Staat vielen Intellektuellen und Studenten zu halbherzig: In den westlichen Ländern erblühte eine radikale Systemkritik, die dem regellosen Profitstreben die Utopie einer demokratisch regulierten Gesellschaft entgegensetzte, in der die Güter nicht nach dem monetären „Tauschwert“, sondern nach ihrem objektiven „Gebrauchswert“ produziert und verteilt werden. Vor dem Hintergrund des Massenwohlstands und der Vollbeschäftigung erschien die „Leistungsgesellschaft“ als Relikt einer inhumanen Vergangenheit. Der „gesellschaftliche Reichtum“ sollte „sozialisiert“ werden, und das „Aussteigen“ kam in Mode: Der Wertekonsens der Nachkriegsgesellschaft wurde in den reichen westlichen Ländern⁹ von den Bürgerkindern medienwirksam aufgekündigt. Die provokative Negierung des Erreichten, der Frontalangriff auf das Verkrustete, Spießige, Verlogene traf ins Schwarze. Im Namen der „schweigenden Mehrheit“ (so nannte US-Präsident Nixon die Befürworter des Vietnamkriegs) schlug die Staatsgewalt brutal zurück. In den USA forderten die Unruhen Dutzende Menschenleben, auch in Europa gab es Tote. Die Emphase des globalen Jugendprotestes vermengte marxistische, rousseauistische, freudianische und existenzialistische Gedanken und ließ entsprechend Raum für unterschiedlichste Strömungen. Doch der chiliastische Elan der späten 1960er Jahre, als APO und Kommune 1, Haschisch und LSD, die Beatles und der Mini-Rock die fiebrige Erwartung anfachten, in Bälde werde der ganze gewaltige autoritäre, ausbeuterische, verklemmte „Überbau“ der Erwachsenen stürzen, kühlte im Zuge seiner Popularisierung und Kommerzialisierung ab. Die Protestbewegung differenzierte sich zu esoterischen Zirkeln, terroristischen Banden und kommunistischen Sekten, die sich alsdann heftig befehdeten (Anonym 1977). Gemeinsam war ihnen, im Vollgefühl moralischer Überlegenheit für eine gemeinwohlorientierte Lenkung des Weltgeschehens zu kämpfen.

Die prinzipielle Hochschätzung des Großen Plans regierte aber auch beim „Establishment“. Technizistische Visionen reichten bis zur Abschaffung der affekt- und interessengeleiteten Politiker: Sie würden „den zuverlässigen Steuerungssystemen des Computers Platz machen“ (R. B. Fuller, zit.n. Vogd/Roericht 2000, S. 78); ernsthafter wurde zumindest erwartet, dass die „Elektronengehirne“ – wie die riesigen Computer bis in die 1960er Jahre ehrfurchtsvoll genannt wurden – künftig für komplexe Probleme stets die richtige Lösung auswerfen werden. Ein transdisziplinäres Forschungsfeld entstand, das nichts Geringeres beanspruchte, als „die“ Zukunft mit wissenschaftlichen Methoden zu ergründen, und die so gewonnen Prognosen in

politische Handlungsanleitungen zu transformieren: die Zukunftsforschung bzw. die Futurologie.

Das Desiderat einer exakten *science of the future* wurde 1943 von dem in die USA emigrierten Politologen Ossip K. Flechthaim aufgestellt, der dann im wilden Berlin der 1960/70er Jahre eine „kritische Futurologie“ propagierte (Flechthaim 1970). Die Zukunftsforschung versuchte, sich als eigenständige Disziplin zu etablieren, mit den Subdisziplinen der kurz-, mittel- und langfristigen Prognostik, der Politikberatung und dem theoretischen Bereich Methoden/Philosophie. Ihr Feld umfasste nahezu sämtliche Teilsysteme: Technik, Wirtschaft, Bevölkerung, Politik, Gesellschaft, Kultur. Mit ihrem holistischen Ansatz stand sie quer zum etablierten Fächerkanon, und es gelang ihr kaum, an den Universitäten Fuß zu fassen. Hier, und nicht nur hier, galten die Futurologen als eine unseriöse Zunft, als Laien, die in fremden Gefilden wilderten. Anstelle von Lehrstühlen entstanden Arbeitskreise und Denkfabriken, oft stiftungs- oder mischfinanziert.¹⁰ Im deutschsprachigen Raum rief Robert Jungk 1965 das Wiener „Institut für Zukunftsfragen“ ins Leben, in Hamburg entstand 1967 die „Gesellschaft für Zukunftsfragen“, in West-Berlin 1968 das „Zentrum für Zukunftsforschung“. Dessen Mitbegründer Helmut Klages propagierte eine „Planungspolitik“ mit dem wahrhaft ambitionierten Ziel einer „umfassenden Zukunftsgestaltung“ (1971).

Den Stand und den Geist der Futurologie fasste 1967 das Kompendium von Herman Kahn und Anthony J. Wiener *The Year 2000* zusammen (hier dt. Ausg. 1971). In bunter Mischung finden sich da geschichtsphilosophische und völkerpsychologische Spekulationen zusammen mit quantitativen Trendberechnungen und Szenarien für eine künftige „Standardwelt“ und deren mögliche „Variationen“, die gleichsam zur Auswahl durchgespielt werden. Somit wurde die Frage, wie die Welt im Jahr 2000 – also unsere heutige Gegenwart – aussehen wird, offen gelassen; die wahrscheinlichste und zugleich wünschbarste Option allerdings sei eine „nachindustrielle“ Überflussgesellschaft im Kontext einer „integrierten“ Welt: In ihr würden sich Ost und West stark annähern und ein dritter Weltkrieg trotz immer perfekterer Waffen ausbleiben, ebenso wirtschaftliche Katastrophen, sodass die Industrieländer der nördlichen Erdhalbkugel, einschließlich Japans und abgeschwächt anderer Aufsteiger wie China und Brasilien, zu sehr reichen Wohlfahrtsstaaten heranreifen, in denen der Markt „nur noch eine untergeordnete Rolle spielt“ und die Leistungsethik an Bedeutung verliert – die Zukunft ein Freizeitpark unter staatlicher Aufsicht.

Auch ohne das Etikett ‚Zukunftsforschung‘ spielte die transdisziplinäre Prognostik und Planung eine wachsende Rolle, oft mit öffentlichen Geldern gefördert; in den USA besonders am Massachusetts Institute for Technology (MIT); in Europa besonders in Schweden¹¹ und den kommunistischen Staaten. Sei es unter marxistischen oder technizistischen Vorzeichen – das Vertrauen in die wissenschaftlich fundierte „Steuerbarkeit“ war schier grenzenlos. Die Werkzeuge hierfür lieferten die Statistik, die Informationstheorie und vor allem die Kybernetik.¹² Deren Leitbegriffe waren das *Feedback* bzw. die „Reflexivität“ sowie die rekursiv-hierarchische „Kontrolle der Kontrolle“; ihr Vorbild waren dynamische Systeme im Fließgleichgewicht; und ihr Ziel war der selbstregulierte Automat, dem der Mensch als „Navigator“ lediglich die „richtigen“ Vorgaben macht bzw. „Soll-Werte“ eingibt. Einfache

Modelle hierfür liefern der Fliehkraftregler und der Thermostat, die beständig Ist- und Soll-Wert vergleichen und so die Drehzahl bzw. die Temperatur innerhalb definierter Schwankungsbreiten halten. Doch die Hoffnung richtete sich auf ungleich kompliziertere Zusammenhänge: „Die Kybernetik will Maschinen mit Verstand konstruieren und Vorgänge, die sich im Leben abspielen, nachahmen.“ (G. R. Boulanger, zit.n. Schachtschnabel 1961, S. 22) In den für begrenzte Anwendungen, vor allem in der Rundfunktechnik und Prozesssteuerung, empirisch gut bewährten Modellen komplexer Regelkreise glaubte man über Instrumente der Analyse und Generierung „lernfähiger Systeme“ zu verfügen, die erstmals in der Menschheitsgeschichte eine rationale Planung sozialer, ökonomischer, politischer und technischer Makroprozesse erlauben. Eine „durchgehende Steuerung der Gesellschaft auf kybernetischer Grundlage“ (Kahn/Wiener 1971, S. 40) war das Leitbild in Ost und West.¹³

2 Die Erschöpfung utopischer Energien

Den Höhe- und zugleich Wendepunkt der wissenschaftlich fundierten Zukunftsorientierung bildete die am MIT erstellte Berechnung von kybernetischen „Weltmodellen“, die 1972 vom Club of Rome publiziert wurde (Meadows et al. 1972). Das Resultat fiel deprimierend aus: Wenn wir so weitermachen, wird die Erde unbewohnbar. Die umfängliche Studie über die *Limits to Growth* war eine vernichtende Abrechnung mit dem fünf Jahre zuvor erschienen „Klassiker der Futurologie“, dem verhalten optimistischen *Year 2000*. Sie wurde in 37 Sprachen übersetzt und mehr als zwölf Millionen mal verkauft (Hahn 2006, S. 7). Apokalyptische Szenarien waren, wie erwähnt, auch zuvor im Umlauf; doch nun geht das prinzipielle Vertrauen in die Beherrschbarkeit anthropogener Risiken verloren. Statt des Glücks des Fortschritts rücken dessen Schrecken ins Zentrum des Denkens und Fühlens: die Endlichkeit der Ressourcen, die Umweltzerstörung, die Überbevölkerung. Von entscheidender Bedeutung dürfte für diesen mentalen Bruch gewesen sein, dass fast zeitgleich eine Verschiebung der globalen Machtbalancen manifest wurde: Im Jahr darauf „drehten die Scheichs den Ölhahn zu“. So lautete die Formulierung für den begrenzten Förder- und Lieferboykott, mit dem die zehn OAPEC-Staaten¹⁴ im Oktober 1973 in den Jom-Kippur-Krieg eingriffen und zugleich die *terms of trade* veränderten. Der Rohölpreis vervierfachte sich. Der Ölpreisschock löste eine weltweite Rezession und inflationäre Tendenzen aus – auch ökonomisch schienen plötzlich die „Grenzen des Wachstums“ erreicht.

Der Abfluss der Ölmilliarden riss gewaltige Löcher in die Zahlungsbilanzen. Die Bundesregierung reagierte hektisch mit symbolischer Politik und verhängte Sonntagsfahrverbote und Tempo 100 auf den Autobahnen. Doch am schwersten traf es die Entwick-

lungsländer, besonders in Afrika. Für die westlichen Industrieländer sollte es auf Dauer nicht so schlimm kommen, wie zunächst befürchtet. Denn fast zeitgleich war das System von Bretton Woods, das 1944 den goldgedeckten Dollar zur Leitwährung gemacht hatte, in Auflösung geraten: Infolge des kreditfinanzierten Vietnamkriegs gerieten die USA in eine Schuldenkrise und waren nicht mehr in der Lage, Dollar in Gold einzulösen; die Wechselkurse wurden faktisch freigegeben und der Dollar fiel – und milderte so die Folgen der Ölkrise, da es den Förderländern nicht gelang, den Rohölpreis vom US-Dollar abzukoppeln. Nur die RGW-Staaten und die meisten Entwicklungsländer setzten noch auf rein politisch-fiktive Währungsparitäten. Die nationalstaatlichen Fesseln, die dem Kapitalismus nach dem Ersten Weltkrieg angelegt worden waren, wurden mehr und mehr gelockert. Außerhalb des Ostblocks hatte dies durchaus die erhofften belebenden Handelseffekte. Da zugleich die Ölmilliarden in den Finanzkreislauf zurückflossen, erholte sich der Welthandel erstaunlich rasch. Jener exponentielle Wachstumstrend setzte ein, mit dem die heute so heiß diskutierte Globalisierung ihren Anfang nahm. Der Aufstieg asiatischer „Billigpreisländer“ – Japan sowie Taiwan, Hongkong und Korea – nahm seinen Lauf. Zwischen 1965 und 1975 nahmen die Weltexporte um mehr als das Vierfache zu und erreichten fast eine Trillion US-Dollar.¹⁵ Zusammen mit den hohen Energiekosten erzeugte dies freilich einen doppelten Problemdruck: Während der internationale Handel florierte, dümpelte in vielen westlichen Volkswirtschaften die Binnenkonjunktur. „Made in Hongkong“ wurde zum Synonym für billigen Talmi, der die Märkte überschwemmt, während japanische Produkte zunehmend mit den europäischen und amerikanischen technisch mithalten konnten, sie aber preislich unterboten zumal der Yen eine „Weichwährung“ war. Die Folge des doppelten Problemdrucks: Die Arbeitslosigkeit stieg auf längst überwunden geglaubte Höhen, ebenso die Staatsschulden und die Inflationsraten – das Schreckgespenst der Weltwirtschaftskrise kehrte zurück. Doch der Staat hatte wichtige Instrumente an den Markt übergeben (vgl. Altvater/Mahnkopf 2002). Der „fordistische“ Kapitalismus basiert auf hohen Reallöhnen („Autos kaufen keine Autos“) und setzt daher teilregulierte Märkte, Währungskontrolle und ein deutliches Produktivitätsgefälle zu Drittländern voraus. Diese Voraussetzungen gerieten ins Wanken. Etliche Konsumgüter, aber auch Tanker oder Steinkohle ließen sich billiger aus Asien und anderen Weltgegenden beziehen als aus den etablierten Industrieländern; ganze Branchen kämpften ums Überleben, die unlängst noch Flaggschiffe des „Wirtschaftswunders“ gewesen waren. Der „organisierte Kapitalismus“ erwies sich als unfähig zur „Steuerung“ der heraufziehenden „Krise der Arbeitsgesellschaft“.

Der Erwartungshorizont verdüsterte sich. Die Rede vom Atomzeitalter war verstummt; das darin beschlossene Versprechen eines Schlaraffenlands trug nicht mehr. Die Geburtenraten sanken. Glaubten 1972 noch 60 Prozent der Deutschen, dass „die Menschheit einer immer besseren Zukunft entgegengeht“, so fiel dieser Wert in den 1980er Jahren um fast die Hälfte (Allensbach-Frage zit.n. BMWA 2004, S. 60). Nicht allein die Gefahr eines atomaren Krieges bedrohte den Fortbestand der Menschheit, ebenso die „friedliche Nutzung der Kernenergie“, akut und langfristig – plötzlich wurde gewahrt: noch in Millionen Jahren wird der atomare Müll die Erde verstrahlen. In diesem Kontext trat auch der ungeheure Verlust an „Natur“ ins Bewusstsein, den die gefräßig-wuchernde industrielle Zivilisation überall auf dem Globus anrichtet. Von Dänemark ausgehend wurde der *Atomkraft? Nein danke!*-Aufkleber zum Signet des Zeitgeistes, und Grün formierte sich zu einer neuen politischen Farbe, die Konservatismus mit Progressivismus verwob. Soziale Sicherheiten erodierten, und zugleich wurden die ökologisch-technischen Risiken als nicht mehr beherrschbar bewertet. Der GAU drohte – und

trat 1986 in Tschernobyl prompt ein. Die Zeitungen druckten täglich die Strahlenwerte von Lebensmitteln, die kontaminierten Parks und Spielplätze blieben verwaist und binnen zwei Monaten wurde ein Ratgeber über die *Reaktorkatastrophe* über hunderttausend mal gekauft (Strohm 1986). Der über der nördlichen Erdhalbkugel niederregnende *Fall-out* leitete in vielen Ländern¹⁶ einen „Einstieg in den Ausstieg“ aus der Atomwirtschaft ein.

Auf die zukunfts- und planungsfrohen „68er“ folgte die *No-Future-Generation*.¹⁷ Die Zeitdiagnostik konstatierte die „Erschöpfung utopischer Energien“ (Habermas 1985, S. 141f.). Der „Traum immerwährender Prosperität“ (Lutz 1984) war ausgeträumt, und der „sozialdemokratische Konsensus“ (Dahrendorf 1979) bzw. die „noch von der arbeitgesellschaftlichen Utopie zehrende Sozialstaatsprogrammatische“ verloren die Kraft, „künftige Möglichkeiten eines kollektiv besseren und weniger gefährdeten Lebens zu erschließen“, wie Jürgen Habermas formulierte (1985, S. 147).

In der kommunistischen Welt schwand gleichfalls der Zukunftsglaube – auch wenn dies niemals eingestanden wurde. In der DDR wich der Utopismus der Ulbricht-Jahre der konsumistischen „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ der Ära Honecker: Die revolutionäre Zukunftsorientierung reduzierte sich auf verlogene öffentliche Rituale und abenteuerliche Geheimdienstoperationen, von Spionage im Kanzleramt bis zur Unterstützung von Terroristen. Unter der Glocke diktatorischer Wirtschaftslenkung blieb der Aufstieg der fernöstlichen Volkswirtschaften von den Menschen zunächst unbemerkt – doch die Folgen waren fatal. Die RGW-Staaten fielen technologisch zurück und konnten für ihre schlicht-robusten Fertigprodukte immer weniger Devisen erzielen. Die Schere zwischen den offiziellen und den inoffiziellen Wechselkursen der Ostblock-Währungen öffnete sich immer weiter. In ihrer Not verlegte sich das DDR-Regime auf verdeckte Kaufkraftabschöpfung und aufs Schuldenmachen, um den Menschen eine konkurrenzfähige Wirtschaft vorzugaukeln, die ihnen einen auskömmlichen Lebensstandard beschert. Die „Staats- und Parteiführung“ zog sich auf den Erhalt des *Status quo* zurück. Das von ihr in Erbpacht regierte Gemeinwesen lebte dazu auf Pump und von der Substanz. Umwelt- und Friedensgruppen griffen den muffigen „Cordhütchen-Sozialismus“ (W. Droste) von alternativ-linker Warte aus an, blieben jedoch isoliert. Dies nicht allein aufgrund des Wirkens der Stasi: Nur wenigen Eingeweihten war das ganze Ausmaß der Zukunftsunfähigkeit des „real existierenden Sozialismus“ bekannt; bis weit in die 1980er Jahre gelang es, die Fassade einer Potemkin'schen Modernisierung aufrecht zu erhalten und zu suggerieren, das Fehlen bürgerlicher Freiheiten und der Mangel an einigen Konsumgütern werde durch Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und sozialen Zusammenhalt kompensiert.

Mit dem Gefühl, in einer fragmentierten, potentiell selbstzerstörerischen „Risikogesellschaft“ (Beck 1986) zu leben, veränderte sich auch das theoretische Rüstzeug der Sozialwissenschaften in den westlichen Ländern. Die zukunftsfrohe Futurologie, die doch „wissenschaftlich abgesicherte, überraschungsfreie Leitbilder“ versprochen hatte (Kahn/Wiener 1971, Klappentext), schien grandios versagt zu haben. Helmut Klages sprach selbstkritisch von einer „Planungsernüchterung“, die auf die „Planungseuphorie“ gefolgt